

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag zum Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD: „Soziale Stadt“ ressortübergreifend weiterentwickeln (Drs. 18/1597 vom 21.10.2014)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Es werden folgende Ziffern angefügt:

7. wie gewährleistet werden kann, dass die Bundesmittel für „Soziale Stadt“ 2015 und in den Folgejahren auch tatsächlich in voller Höhe abgerufen werden, einschließlich der Sicherstellung der Kofinanzierung.
8. welche eigentumspolitischen Ziele für Wohnbestände in den bisherigen Fördergebieten anzustreben sind, damit in Zukunft mehr kooperationsbereite Eigentümer von Großsiedlungen als notwendige Voraussetzung für der Einsatz von „Soziale Stadt“-Mitteln zur Verfügung stehen.

Begründung:

ad 1: Bereits in 2014 gab es Schwierigkeiten, die „Soziale Stadt“-Mittel auch tatsächlich auszuschöpfen. Im Bericht der Verwaltung für die Baudeputation vom 22. April 2014 wird explizit damit gerechnet, dass die Mittel für 2014 und 2015 nicht ausgeschöpft werden: für die notwendigen Kofinanzierungsmittel wären rechnerisch ca. 500.000 Euro an zusätzlicher Kofinanzierung erforderlich, aber „in der Praxis werden geringere Auswirkungen erwartet“.

ad 2: Das Gutachten des FORUM Huebner, Karsten & Partner, auf das in der Antragsbegründung Bezug genommen wird, unterstreicht mehrfach für verschiedene Fördergebiete, dass die Sinnhaftigkeit des Mitteleinsatzes dadurch beeinträchtigt wird, dass keine kooperationsbereiten Eigentümer von Großwohnanlagen zur Verfügung stehen. Während z.B. mit der GEWOBA eine solche Kooperation in verschiedenen Quartieren beispielhaft erfolgt ist, ist dies nur bei wenigen privaten Wohnungsgesellschaften der Fall. Es ist daher erforderlich, für die verschiedenen bisherigen Fördergebiete strategische Ziele zu benennen, in welchem Umfang Wohnungsbestände bei der nächsten Gelegenheit (re-)kommunalisiert werden sollten, um die Voraussetzungen für eine integrierte Stadtentwicklung und einen effektiven Mitteleinsatz zu schaffen.

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LNKE